

Brüssel, den 20. September 2007

Pressemitteilung 51 - 2007

Europäische Kommission plante Werbefeldzug für CE während Rückrufaktion von Mattel

Der stellvertretende EVP-ED-Koordinator im EP-Binnenmarktausschuss, Andreas Schwab, hat sich verwundert über das Vorgehen der Kommission in der aktuellen Diskussion um sichere Verbraucherprodukte gezeigt. "Es ist erstaunlich genug, dass die Europäische Kommission offenbar trotz der seit Dezember 2006 bekannten Mattelfälle noch im Juni 2007 eine Informationskampagne zur CE-Kennzeichnung plante." Dies wurde jetzt aufgrund einer schriftlichen Anfrage des Abgeordneten an Kommissar Verheugen bekannt.

Schwab weiter: "Die Kommission scheint dabei auch übersehen zu haben, dass der von ihr ins Europäische Parlament eingebrachte Entwurf zur Revision des New Approach, der ja die verschiedenen sektoralen Richtlinien und auch die Spielzeugrichtlinie abdeckt und die rechtlichen Grundlagen für CE legt, noch nicht beschlossen ist. Das Votum des Parlaments hätte abgewartet werden müssen."

Die Kommission plante eine CE-Kampagne wohlwissend, dass bei der Marktüberwachung unterschiedliche Systeme und damit Widersprüche bestehen- nämlich zwischen den sektoralen Richtlinien und der Produktsicherheits-Richtlinie (GPSD). Dies hatte die Kommission in einem Dokument aus dem Jahr 2003 selbst festgestellt.

Anders als die Antwort der Kommission auf die Anfrage des Abgeordneten vermuten lässt, war die Kampagne schon weiter fortgeschritten. Schwab forderte, das Geld besser in eine höhere Personalsituation bei den Marktüberwachungsbehörden, also für die Kontrolle der Produkte, zu stecken. Dies sei ein geeigneterer Weg die Produktsicherheit zu erhöhen.

Schwab arbeitet zur Zeit an einem Konzept für ein europäisches Sicherheitszeichens für Verbraucher. "Eine solche Qualitätsinitiative auf europäischer Ebene ist das richtige Signal an die Verbraucher", so Schwab. Ziel müsse es sein, so der EVP-Binnenmarktpolitiker weiter, Herstellern die Möglichkeit zu geben, sich durch die Schaffung eines Europäischen Sicherheitszeichens stärker von Billiganbietern abzusetzen: "Dabei darf aber kein neuer Bürokratie-Moloch geschaffen werden, sondern dies sollte auf freiwilliger Basis geschehen".

Für weitere Informationen: Büro Dr. Andreas Schwab, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2837938